

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Hermann Brückl, MA
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Reform der Lehrerausbildung**

Die Reformen der Lehrerausbildung - mit der Intention einer Besoldungsgleichstellung von Landes- und Bundeslehrern - haben zu keiner Qualitätsverbesserung geführt. Mittlerweile stellen die Folgen der verlängerten Ausbildung mit Bachelor und Masterabschluss ohne nennenswerte Optimierung durch eine notwendige aktualisierte Praxisausbildung ein ernsthaftes Problem dar. Der sich bereits zuvor abzeichnende Lehrermangel ist mittlerweile eklatant. Ebenso wenig ist der Ersatz des Unterrichtspraktikums durch die Induktionsphase, die längerfristig auf einer sehr aufwändigen Mentorenausbildung aufbaut, welche derzeit kaum absolviert wird, ein Erfolgsmodell. Dies auch deshalb nicht, weil Mentoren auch Neulehrer betreuen dürfen, mit deren Unterrichtsfächern sie nicht vertraut sind. Die aktuelle Regelung sieht weder vor, dass beide am gleichen Standort unterrichten, noch dass sich die Unterrichtsfächer decken. Diese Problematik muss behoben werden, da eine seriöse Beurteilung dadurch kaum möglich ist.

Es ist notwendig, die berufspraktische Ausbildung im Rahmen des Lehramtstudiums zu verstärken und auch praktische Hilfestellungen für die erhöhten Anforderungen zu bieten. Auch wenn mehrere Schulpraktika vorgesehen sind, so sollte eine intensivere Kooperation zwischen den Begleitlehrern an Schulen und den Pädagogischen Hochschulen stattfinden, um so Qualitätsoptimierungen zu erzielen.

Die APA berichtet Anfang Juli 2022:

Man arbeite daher an einem Lehrerbild der Zukunft, mit dem der Beruf attraktiver werden soll. Außerdem stelle man das Studienangebot auf den Prüfstand - zuletzt waren immer wieder Rufe nach einer Verkürzung der Ausbildung laut geworden. "In den nächsten Wochen werden zwei Evaluierungen vorliegen - einerseits der Lehramtsausbildung durch den Qualitätssicherungsrat und andererseits der Situation der Junglehrer." Anschließend werde man mit Unis und Pädagogischen Hochschulen die nötigen Diskussionen führen.

Gegenüber dem ORF-NÖ fordert die niederösterreichische ÖVP-Landesrätin eine verkürzte Lehrerausbildung:

Dass der derzeit akute Personalmangel nicht überraschend gekommen sei, bestätigt auch Niederösterreichs Bildungslandesrätin Christiane Teschl-Hofmeister (ÖVP) gegenüber noe.ORF.at. Sie sieht den Bund „dringend am Zug“. Man sei in enger Abstimmung mit dem Bildungsminister (Martin Polaschek, ÖVP; Anm.) und habe bereits konkrete Vorschläge gemacht, um das Problem in Angriff zu nehmen.

Teschl-Hofmeister spricht sich in diesem Zusammenhang für eine kürzere Ausbildungszeit aus. Konkret könne sie „von sechs auf fünf Jahre verkürzt werden“. Das dadurch wegfallende Jahr solle stattdessen durch vermehrte Fort- und Weiterbildungen vorgeschrieben werden, sodass "man dieses eine Jahr auf

lebenslanges Lernen innerhalb des Berufs verändert – beispielsweise eine Woche pro Jahr. Zudem solle in der Ausbildung mehr Augenmerk auf Praxis gelegt werden „und dass wir bei der Wahl der Fächer auf das setzen, was gerade gebraucht wird“. So könne das Berufsbild durch das Ansetzen bei der Ausbildung längerfristig attraktiver gestaltet werden, so die Landesrätin.
(<https://noe.orf.at/stories/3157846/>)

Die Vorarlberger ÖVP-Schullandesrätin gibt an, bereits mit dem Bildungsministerium an einer Verkürzung der Lehrerausbildung zu arbeiten:

Die Ausbildung der Sekundar-Lehrer und -Lehrerinnen soll für Vorarlberg geändert werden: Das Bachelorstudium soll nicht mehr so lange dauern. Schullandesrätin Barbara Schöbi-Fink (ÖVP) sagte am Dienstag in der Sendung „Neues bei Neustädter“, dass mit dem Bildungsministerium an einer Sonderausbildung für Vorarlberg gearbeitet wird.
(<https://vorarlberg.orf.at/stories/3125491/>)

Auch die Lehrgewerkschaft würde eine Verkürzung der Ausbildungsdauer begrüßen:

Der oberste Lehrgewerkschafter Paul Kimberger sagt im SN-Interview, dass eine Verkürzung von derzeit acht auf sechs Semester sinnvoll wäre. "Die Forderung liegt schon länger auf dem Tisch. Ich würde mir da mehr Tempo wünschen. Dass der Bachelor acht Semester dauert, ist auch international sehr unüblich", sagt Kimberger.
(<https://www.sn.at/politik/innenpolitik/lehrgewerkschafter-fuer-kuerzere-ausbildung-wuerde-allen-etwas-bringen-126932956>)

Im Unterrichtsausschuss am 30.11.2022 wurde ein entsprechender Antrag mit dem Hinweis, dass bis zum Frühjahr 2023 ein verschlanktes Bachelor- und Masterstudium für alle Lehrer ausgearbeitet sein sollte, von ÖVP, Grüne und SPÖ abgelehnt.

Ein ähnlicher Antrag, mit dem die Bundesregierung aufgefordert worden wäre, dem Nationalrat bis zum 30. Juni 2023 eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der die "PädagogInnenbildung NEU" entsprechend novelliert wird, wurde im Unterrichtsausschuss am 14.3.2023 und am 22.6.2023 vertagt. Ein weiterer diesbezüglicher Antrag am 26.9.2023. Trotz vielfacher Ankündigung des zuständigen Bundesministers, dass eine Vorlage bald dem Parlament zugeleitet werden würde, herrscht Stillstand. Zuletzt war im Budgetausschuss seitens des Ministers nur mehr die Rede davon, dass es in Bälde ein Konzept gäbe.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, dem Nationalrat bis zum 13. Dezember 2023 eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der die "PädagogInnenbildung NEU" entsprechend novelliert wird.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Unterrichtsausschuss ersucht.

*Paul Kimberger
(SPÖ)*

*Barbara Schöbi-Fink
(ÖVP)*

www.parlament.gv.at

*Barbara Schöbi-Fink
(ÖVP)*

23/11

